Landtag
Nordrhein-Westfalen
14. Wahlperiode

Ausschussprotokoll
APr 14/277
19.10.2006

Innenausschuss

16. Sitzung (öffentlich)

19. Oktober 2006

Düsseldorf - Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 15:55 Uhr

Vorsitz: Winfried Schittges (CDU)

Protokollerstellung: Thilo Rörtgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse: Seite

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2007 (Haushaltsgesetz 2007) 1

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/2300

In Verbindung damit:

Finanzplanung des Landes Nordrhein-Westfalen 2006 bis 2010

Vorlage 14/572

Der Ausschuss lässt sich seitens der Landesregierung Fragen zum Einzelplan 03 und zur Finanzplanung beantworten.

Seite

2 Der UN-Kinderrechtskonvention in NRW Geltung verschaffen 3

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/1662

Mit den Stimmen der Koalitionsfraktion sowie gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, den Antrag abzulehnen.

3 Interkulturelle Öffnung der Schule voranbringen - Mehr Lehrerinnen und Lehrer mit Migrationshintergrund in die Schule 4

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/2408

Der Ausschuss beschließt einstimmig, den Antrag ohne Votum an den federführenden Ausschuss abzugeben.

4 Rauchmelder in Wohnräumen - Die Landesbauordnung zum Schutz von Menschen ändern! 5

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/2479

Mit den Stimmen der CDU-Fraktion, FDP-Fraktion und GRÜNEN-Fraktion sowie gegen die Stimmen der SPD-Fraktion empfiehlt der - mitberatende - Ausschuss dem - federführenden - Ausschuss für Bauen und Verkehr, den Antrag abzulehnen.

5 Die Überarbeitung des Zuwanderungsgesetzes muss die Weichen neu stellen: Den Wirtschaftsstandort NRW durch erleichterte Zuwanderung und bessere Integrationsförderung stärken 7

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/2492

Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimme der GRÜNEN-Fraktion sowie bei Stimmenthaltung der SPD-Fraktion empfiehlt der - mitberatende - Ausschuss dem - federführenden - Ausschuss für Generationen, Familie und Integration, den Antrag abzulehnen.

Seite

6 Stellungnahme der Landesregierung zum 17. Datenschutz- und Informationsfreiheitsbericht der Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit 9

Vorlage 14/629

In Verbindung damit:

17. Datenschutz- und Informationsfreiheitsbericht 2005 der Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit

Vorlage 13/3225

Der Ausschuss fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Ausschuss empfiehlt dem Landtag, den 17. Datenschutz- und Informationsfreiheitsbericht 2005 der Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit - Vorlage 13/3225 - und die Stellungnahme der Landesregierung zum 17. Datenschutz- und Informationsfreiheitsbericht der Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit - Vorlage 14/629 - zur Kenntnis zu nehmen.

7 Einführung des Polizeifunks 16

- Bericht der Landesregierung

Der Ausschuss nimmt einen Bericht durch Staatssekretär Karl Peter Brendel (IM) entgegen und führt darüber eine Aussprache.

8 Vereinsrechtliche Ermittlungsmaßnahmen gegen die islamische Wohlfahrtsorganisation (IWO) 19

- Bericht der Landesregierung

Der Ausschuss nimmt einen Bericht durch einen Ministerialvertreter entgegen und führt darüber eine Aussprache.

Seite

9 Seltsame Zustände bei der Vergabe amtlicher Ausweise an Ausländer durch die Ausländerbehörden: Ausländer weisen mehrere Identitäten vor 20

In Verbindung damit:

Probleme bei der Ausstellung von Ausweisen für Ausländer

- Bericht der Bundesregierung

Der Ausschuss nimmt einen Bericht durch eine Vertreterin des Innenministeriums entgegen.

10 Stand der Umsetzung der Anti-Terror-Datei Nordrhein-Westfalen 21

- Bericht der Landesregierung

Der Ausschuss nimmt einen Bericht durch Staatssekretär Karl Peter Brendel (IM) entgegen und führt darüber eine Aussprache.

11 Stand der Abschiebungsangelegenheit Idic 23

- Bericht der Landesregierung

Der Ausschuss nimmt einen Bericht durch Staatssekretär Karl Peter Brendel (IM) entgegen und führt darüber eine Aussprache.

12 Einsatzbereitschaft von Polizeiautos 25

- Bericht der Landesregierung

Der Ausschuss nimmt einen Bericht durch einen Vertreter des Innenministeriums entgegen.

13 Verschiedenes 26

Der Ausschuss verständigt sich auf den Terminplan 2007 erstes Halbjahr.

*****

Aus der Diskussion

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2007 (Haushaltsgesetz 2007)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/2300

- Einzelplan 03 (Zuständigkeitsbereich des Ausschusses)
  Vorlage 14/595 (Erläuterungen zu Einzelplan 03)

In Verbindung damit:

Finanzplanung des Landes Nordrhein-Westfalen 2006 bis 2010

Vorlage 14/572

Dr. Karsten Rudolph (SPD) möchte wissen, wie die 1,5-prozentige Stelleneinsparung im Einzelplan 03 umgesetzt werde. Nach Mitteilung der Landesregierung sollten diese 1,5 % durch Einsparungen bei der Verwaltung erwirtschaftet werden. Wenn diese Stelleneinsparungen sämtliche Bereiche erbringen müssten, dann seien davon ja auch kleinere Behörden betroffen, die unter einer derartigen Kürzung eventuell besonders leiden würden. Der Abgeordnete fragt, ob dies besondere Härten für den Verfassungsschutzbereich und die Datenschutzbeauftragte bedeute.

Monika Düker (GRÜNE) führt aus, wie im vergangenen Jahr gebe es entgegen des Wahlversprechens eine Einstellungsermächtigung von lediglich 500 neuen Anwärterinnen und Anwärtern. In Anbetracht der Altersstruktur der Polizei bittet die Abgeordnete um eine Darstellung darüber, wie viele Beschäftigte in drei Jahren in Pension gingen.

Wie im vergangenen Jahr würden auch diesmal keine Mittel für den Landespräventionsrat veranschlagt, da - so die Landesregierung - zum Zeitpunkt der Haushaltsaufstellung die Entscheidung der Landesregierung zur Fortführung des Landespräventionsrats noch nicht getroffen worden sei. Diese Begründung sei ja bereits im letzten Jahr angeführt worden. Offensichtlich bestehe keinerlei Bereitschaft, eine Entscheidung herbeizuführen. Vor diesem Hintergrund stelle sich die Frage, wie der Landespräventionsrat seine Arbeit leisten solle.

Die Mittel für die Zentralen Ausländerbehörden seien um 3 Millionen € reduziert worden. Aufgrund dieser Kürzung wendeten sich nun die kommunalen Spitzenverbände und einzelne Kommunen an die Abgeordneten und stellten aus ihrer Sicht dar, dass es zu Aufgabenverlagerungen von den staatlichen Zentralen Ausländerbehörden zu den kommunalen Ausländerbehörden komme, wodurch sich das Land entlaste.

Sie kritisiere insbesondere, dass im Bereich der Flüchtlinge die Mittel gekürzt würden. Bereits im letzten Jahr seien keine Mittel mehr für den Flüchtlingsrat zur Verfügung gestellt worden. Nunmehr werde auch im Bereich der Abschiebehaft gekürzt. Sie habe sich vor kurzem in der Abschiebehaft Neuss davon überzeugen können, welch gute Ar-

beit dort geleistet werde. Durch die Mittelkürzungen würden in Zukunft einige Angebote wegfallen. Dies halte sie für nicht sachgerecht.

MR'in Brohl-Sowa (IM) antwortet, der Personalabbau in Höhe von 1,5 % beziehe sich auf alle Behörden des Geschäftsbereiches des Innenministeriums, außer auf die Polizeivollzugsbeamtenstellen in Kapitel 03 110 und in den Bezirksregierungen. Auch das Ministerialkapitel sei von diesem Stellenabbau betroffen. Beim Verfassungsschutz werde man natürlich darauf achten, dass die Stelleneinsparung nicht im operativen Bereich, sondern im Bereich der Verwaltung ausgebracht werde.

Bezüglich des Landespräventionsrats gebe es mittlerweile eine Einigung zwischen dem Justiz- und dem Innenbereich, dass der Justizbereich den Landespräventionsrat im Jahre 2007 fortführe. Das bedeute, dass es im Justizbereich einen entsprechenden Haushaltsansatz gebe.

Die Kürzung der Finanzmittel um 3 Millionen € bei den Zentralen Ausländerbehörden sei dem Umstand geschuldet, dass die Zahl der Abschiebungen stark rückläufig sei. Wenn man fiskalisch an dieses Thema herangehe, drängten sich natürlich derartige Kürzungen auf. Selbstverständlich wisse man, dass dies ein Problem im kommunalen Raum darstelle. Von daher befinde man sich derzeit in entsprechenden Überlegungen.

Die Frage zur Abschiebehaft sei auch im Haushalts- und Finanzausschuss gestellt worden. Es habe berichtet werden sollen, wie sich die Entwicklung der Anzahl der Gefangenen in der Abschiebehaft darstelle. Diese Zahl sei von 682 Abschiebegefangenen im Jahre 2000 auf 322 im Jahre 2006 gesunken. Vor diesem Hintergrund seien auch in diesem Bereich Mittel gekürzt worden.

MDgt Salmon (IM) teilt mit, was die Altersstruktur angehe, werde es in den Jahren 2009/2010 Pensionierungen in der Größenordnung zwischen 650 und 700 geben, sodass man rechnerisch zu dem Ergebnis kommen könnte, dass es in drei Jahren weniger Polizeivollzugsbedienstete gebe. Es müsse jedoch berücksichtigt werden, dass im Jahre 2008 wegen der Erhöhung der Altersgrenze keine Regelpensionierungen stattfänden. Eine reine Betrachtung auf ein Jahr führe nicht weiter. Man müsse auch die Schwankungen von Jahr zu Jahr berücksichtigen. Vor dem Hintergrund, dass es im Jahre 2008 keine Regelpensionierungen geben werde, befinde man sich mit einer Einstellung von 500 Personen an der Obergrenze dessen, was aus Sicht des Finanzministers vertretbar sei. Zwischenzeitlich werde es sogar einen Stellenaufbau geben.

Vorsitzender Winfried Schittges lässt wissen, die Abstimmung über die Änderungsanträge der Fraktionen erfolge in der Sitzung am 9. November.